

Sie erhielten das Vertrauen der Genossen

Wir stellen die neugewählte Parteileitung der Technischen Hochschule vor



Genosse
Willy Ehrlich

Sohn eines Metallarbeiters, kam 1926 zur proletarischen Kinderbewegung. 1930 wurde er Mitglied der Gewerkschaft und 1931 Mitglied der sozialistischen Arbeiterjugend. Die Zerschlagung der Arbeiterorganisation durch die Faschisten führte ihn in das Lager der revolutionären Arbeiterklasse. Im Sommer 1934, von der Gestapo verhaftet, wurde er wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Weiterführung des illegalen kommunistischen Jugendverbandes zu vielen Jahren Zuchthaus verurteilt. Seit 1946 hat er auf verschiedenen Ebenen verantwortliche Funktionen im Staatsapparat — zuletzt war er als Verwaltungsdirektor der Hochschule tätig — innegehabt.

Fortsetzung von Seite 4:

Entschliebung der Delegiertenkonferenz

Die volle Achtung, die wir den großen Leistungen unserer Genossen Wissenschaftler auf ihrem Fachgebiet entgegenbringen, rechtfertigt nicht die Inanspruchnahme einer „besonderen“ Disziplin gegenüber den anderen Parteimitgliedern. Die Genossen Wissenschaftler müssen mit ihren revisionistischen Auffassungen vom Wesen und der Rolle der Partei, insbesondere mit der Unterschätzung der Leninschen Normen des Parteilebens Schluss machen und der unmittelbaren Parteiarbeit in ihrer Grundorganisation einen festen Platz in ihrer Tätigkeit einräumen.

Die wirkungsvolle Mitarbeit der Genossen Professoren und Assistenten bei der Lösung der Parteaufgaben ist eine Bedingung für die weitere Erhöhung der Autorität und des Einflusses unserer Parteiorganisation.

Ohne eine gründliche Veränderung der Arbeitsweise der Parteileitungen ist das kühne Programm der sozialistischen Umgestaltung nicht zu verwirklichen.

Die Sekretäre und Mitglieder der Hochschulpartei müssen bei ständiger Erweiterung ihrer theoretischen Kenntnisse viel stärker als bisher an Ort und Stelle in die Probleme der Arbeit und des Kampfes auf den einzelnen Arbeitsgebieten eindringen und den Genossen in den Grundorganisationen und Massenorganisationen helfen. Sie müssen überall dort sein, wo die Arbeit beraten und der Kampf geführt wird!

Reiche Kampf- und Arbeitserfahrungen der Leitungsmitglieder werden eine echte Kollektivität bei der Beschlussfassung und der Durchführung der Beschlüsse fördern.

Besonders in den Grundorganisationen mit hauptamtlichen Sekretären gilt es, die Kollektivität der Leitungen zu erhöhen und sie zu selbständigen und aktiveren Führungsorganen zu entwickeln.

Im ständigen Kampf müssen Unordnung und Schlampelei in den Organisationsfragen, die uns bisher zu einem unberechtigt hohen Arbeitsaufwand gezwungen haben, beseitigt werden.

Aus allem erwachsen bedeutende Aufgaben für die Genossen im Institut für Gesellschaftswissenschaften und in der Gewerkschaft Wissenschaft.

Das Studium des Marxismus-Leninismus, insbesondere des dialektischen Materialismus, ist dann richtig gestaltet, wenn sich daraus das Verständnis für die Dialektik des sozialistischen Aufbaus in der DDR und des Kampfes um ein sozialistisches Deutschland, d. h. eine direkte Anleitung zum Handeln ergibt.

Ein vielseitiges Programm für das Studium, das sowohl bestimmte Lektionszyklen für große Veranstaltungen, als auch Kolloquien und Konsultationen an den Fakultäten und in kleineren Kreisen umfasst, muß erarbeitet und seine praktische Durchführung gesichert werden.

Dazu sind auch die Genossen der Fakultät für Ingenieur-Ökonomie heranzuziehen.

Die Genossen in der Gewerkschaft müssen sowohl in der HGL wie auch in den AGL mit Hilfe der Grundorganisationen die einseitige Orientierung auf die Arbeiter und Angestellten und hier vor allem auf soziale Fragen überwinden und die ideologisch-politische Arbeit im Lehrkörper, unter dem wissenschaftlichen Nachwuchs und unter den Arbeitern und Angestellten stärker entwickeln.

Die wertvollen Erfahrungen, die bei der Vorbereitung und Durchführung der ökonomischen Konferenz, bei der Organisation der Bewegung, jeder eine gute Tat für unsere gemeinsame sozialistische Sache“ und in letzter Zeit bei den Aktionen gegen den „Atomtod“ gesammelt wurden, sind dabei eine wertvolle Hilfe.

Die Arbeit der Massenorganisationen kann nur entscheidend verbessert werden, wenn die Genossen Parteiorganisationen aktiv in ihnen mitarbeiten und die führende Rolle der Partei verwirklichen.

Die Parteiorganisationen müssen von

Folgende Genossen wurden gewählt:

Willy Ehrlich,
1. Sekretär

Hans Alter

Edgar Baumann

Gerhard Dietze

Reinhard Donner

Hasso Fehrmann

Werner Fleck

Werner Friedrich

Hans-Walter Gerlach

Kurt Golde

Gerhard Speer,
stellv. Sekretär

Eberhard Günther

Ernst Herrmann

Friedhelm Kehr

Prof. Hans-Joachim Helm

Helga Klempho

Karl Müller

Manfred Neumann

Prof. Kurt Pommer

Günther Preißler

Günther Wendel
stellv. Sekretär

Werner Reche

Herbert Schäfer

Kurt Schille

Heinz Schmidt

Walter Sturm

Peter Teichmann

Oswald Wauer

Siegfried Weder

Kurt Wege



Genosse
Günther Wendel
ist Arbeiterkind. Er studierte an der Karl-Marx-Universität in Leipzig und erhielt 1953 das Diplom als Lehrer für Grundlagen des Marxismus-Leninismus (Dipl. rer. pol.). Seit 1953 war er an unserer Hochschule als wissenschaftlicher Assistent und später als Lehrbeauftragter für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium beschäftigt. Genosse Wendel hat sich in seiner Tätigkeit, besonders als Sekretär, eine reiche Hochschulerfahrung angeeignet und genießt über die Parteiorganisation hinaus das Vertrauen vieler parteiloser Hochschulangehöriger.

Genosse
Dr. Gerhard Speer
wurde am 6. Oktober 1927 als Sohn eines Bauarbeiters geboren. Nach Besuch der Vorstudienanstalt Leipzig nahm er 1947 sein Studium an der TH auf. 1952 legte er sein Staatsexamen als Diplomwirtschaftler ab. Während der nachfolgenden Tätigkeit als Assistent und Oberassistent promovierte er 1957 zum Dr. rer. oec.

Genosse Speer ist seit 1946 Mitglied unserer Partei. Er war in verschiedenen Funktionen innerhalb und außerhalb der Hochschule tätig, u. a. als Mitglied der Hochschulgruppenleitung der FDJ, als Mitglied der Hochschulparteileitung und als Sekretär der Fakultätsparteileitung der Ingenieurökonomie. Seit Herbst 1957 arbeitet Genosse Speer als stellvertretender Sekretär der HPL.

Genosse Kurt Golde gehört seit 1923 der Arbeiterbewegung an. 31 Jahre arbeitet er bereits an der TH und ist heute als Maschinenbaumeister am Institut für Verbrennungsmotoren und Kraftfahrwesen tätig. Vom Tag der Gründung des Meisterkollektivs bis heute ist Genosse Golde 1. Vorsitzender dieses Kollektivs. Außerdem war er als Vorsitzender der Kommission für Wettbewerbe und Verbesserung der Arbeitsmethoden von 1951 bis 1955 Mitglied der Hochschulgewerkschaftsleitung.

Zweimal wurde Genosse Golde als Aktivist ausgezeichnet, 1954 für besondere Erfolge im Wettbewerb durch das Staatssekretariat für Hochschulwesen.

Genosse Kurt Golde



Genosse
Günther Preißler
„Ich entstamme einer Arbeiterfamilie. 1946 wurde ich im Alter von 17 Jahren Mitglied der Partei. Ich gründete in Rabenstein bei Karl-Marx-Stadt die FDJ-Ortsgruppe und hatte daneben kleinere Parteifunktionen inne. Im Jahre 1948 besuchte ich einen 8wöchigen Lehrgang an der Jugendhochschule der FDJ in Bogensee bei Berlin. Von 1949 bis 1954 studierte ich an der Bauakademie unserer Hochschule. Seit 1954 bin ich als wissenschaftlicher Assistent am Institut für Fluß- und Seebau. Ich war bisher als FDJ-Fakultätsgruppenvorsitzender, als Mitglied der Fakultätsparteileitung und als Parteiorganisator tätig.

Genosse
Werner Reche

wurde am 9. Februar 1933 geboren. Sein Vater ist Oberschullehrer. Nachdem Genosse Reche 1951 an der Geschwister-Scholl-Schule in Löbau das Abitur abgelegt hatte, begann er sein Studium an der TH Dresden in der Fachrichtung Chemie. Schon als Oberschüler war er 1949 in den Ortsvorstand Löbau der DSF gewählt worden. Von 1953 bis 1955 war er dann als Sekretär der Chemie-Teilung der Grundorganisation Chemie-Biologie bzw. der Fakultätsparteileitung Mathematik und Naturwissenschaften tätig.

Genosse
Werner Reche



Genosse
Professor Pommer — als Rektor unserer Hochschule allen Hochschulangehörigen bekannt — sandte uns anlässlich seiner Wiederwahl in die neue Hochschulparteileitung folgende Stellungnahme: „Keine der vorangegangenen Hochschuldelegiertenkonferenzen war so lebendig und zielbewußt wie die diesjährige. Die neugewählte Leitung hat viele große und schwierige Aufgaben im Zusammenhang mit der sozialistischen Umgestaltung der Hochschule erhalten. Sie kann sie nur lösen, wenn sie der tatkräftigen Unterstützung aller Parteimitglieder sicher ist und die vertrauensvolle Mitarbeit der parteilosen Hochschulangehörigen gewinnt. Es geht um ein hohes Ziel! Deshalb alle Kraft für den Aufbau des Sozialismus und für die Erhaltung des Friedens!“

Genosse
Günther Preißler

Genosse
Werner Reche

Genosse
Werner Reche

Genosse
Werner Reche

Zertretet das Reptil (frei nach Voltaire)

Über das Aufkommen des Neofaschismus in Westdeutschland

Im Jahre 1948 hielt ich, wie aus dem nebenstehend abgebildeten Plakat ersichtlich ist, in verschiedenen Städten Westdeutschlands Vorträge zum Thema „Über die Atombombe zum Weltraumschiff“, in denen ich die verheerende Wirkung der Atombombe beschrieb und für die friedliche Nutzung der Kernenergie eintrat.

Fast zehn Jahre später, am 26. März 1958, wurde im Bundestag in Bonn die Ausrüstung der westdeutschen Bundeswehr, dieser Neuaufgabe der „Wehrmacht“ unseligen Angedenkens, mit Atomwaffen beschlossen. Die Reden des Bundeskanzlers Adenauer, seines Kriegsministers Strauß sowie auch des CDU-Abgeordneten Jäger, die diese während der mehrtägigen Debatte hielten, erinnerten mich sehr deutlich an den Jargon jener faschistischen Clique, die mich im Jahre 1935 einsperrte, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte und dann zehn Jahre lang bis zu unserer Befreiung durch die Rote Armee im berüchtigten Zuchthaus Brandenburg eingekerkert hielt.

Zwei Erlebnisse, die ich in den Jahren 1948 hatte, mögen zeigen, daß der Neofaschismus und im Zusammenhang damit der Antibolschewismus wenige Jahre nach dem Sturz der Hitlerherrschaft in Westdeutschland wieder geduldet und gefördert wurden.

Im November 1948 wurde ich vom Entnazifizierungs-Hauptausschuß der Stadt Celle aufgefordert, in einem Entnazifizierungsverfahren gegen den Oberregierungsrat Dr. Herbert Thümler Stellung zu nehmen. Den ehemaligen politischen Gefangenen des Zuchthaus Brandenburg-Görden ist Dr. Thümler nicht unbekannt. Er war bis zum 27. April 1945 Vorstand des Zuchthaus und trug als solcher die Verantwortung für zahlreiche Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die im Zuchthaus begangen wurden. U. a. war er mitverantwortlich für die Hinrichtung von 28 Gefangenen noch am 20. April 1945, für den Abtransport mehrere Häftlinge nach Mauthausen, für den Tod des Arbeiters Hermann Amter aus Hamburg, der 1943 von einigen kriminellen Schwerverbrechern wegen angeblicher politischer Gespräche denun-

ziert worden war und daraufhin zum Tode verurteilt wurde. Dieser Erschlagene Thümler, der noch wenige Tage vor der Besetzung Brandenburgs anlässlich eines Beamtenappells auf dem Hof des Zuchthaus ein Hoch auf Hitler ausbrachte, wurde aber bereits im Jahre 1948 entnazifiziert.

Zur gleichen Zeit, da ehemalige führende Nazis entnazifiziert wurden, be-

blieben Beamten und Angestellten alten Schlages ballen die Fäuste in der Tasche ob des erbärmlichen Niederganges. Die bis in ihre Grundfesten erschütterte und brüchig gewordene deutsche Wirtschaft erstreckt unter dem Paragrafenwust, den die Regierungsmaschine um sie aufschichtet. Durch „Sozialisierung“ und „Planwirtschaft“ soll ihr der Rest der Erzeugungsfähigkeit

eine „Wendung in der deutschen Innenpolitik, die sich bereits sichtbar vorbereitet“ (1), ein. Sie sei fest entschlossen, „der Luderwirtschaft ein Ende zu bereiten“.

So kroch die faschistische Brut bereits im Jahre 1948 wieder aus den Rattenlöchern, in die sie sich beim Zusammenbruch des „tausendjährigen Reiches“ geflüchtet hatte. Und warum konnte dies nicht verhindert werden? Weil die fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland zersplittert waren, der Arbeiterklasse eine einheitliche Führung fehlte und die rechten Führer der Sozialdemokratie es noch immer verhinderten, daß es zur Bildung einer einheitlichen Arbeiterpartei in Westdeutschland kommen konnte. So konnte es geschehen, daß heute die Führungsstellen des westdeutschen Staates wieder voll von ehemaligen Nazis sind. Und wenn gegenwärtig, angesichts der Bundestagsdebatte über die Atombewaffnung, die Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands entsetzt protestiert, so muß gesagt werden, daß sie in dieser Entwicklung nicht so unschuldig ist, wie sie es darzustellen versucht. Was in den ersten Jahren nach 1945 in Westdeutschland versäumt wurde, rächt sich nun. Die neofaschistische Drachenbrut ist ausgekrochen, und die Adenauer, Strauß, Jäger und Kiesinger erweisen sich in ihrem Jargon als würdige Nachfolger Hitlers, Görings und Goebbels. Deshalb bin ich, in der Ansicht, daß es höchste Zeit ist, in Westdeutschland endlich ernsthafte Schritte zur Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zu unternehmen.

In Westdeutschland wird die Atombewaffnung der Bonner Bundeswehr beschlossen — die Sowjetregierung dagegen stellt die Atomwaffenversuche ein. Die Gegensätze könnten nicht sprechender sein. Einem verantwortungsbewußten Wissenschaftler, der gewillt ist, sich mit all seinem Können für das Wohl der Menschheit einzusetzen, wird die Entscheidung zwischen beiden Seiten nicht schwerfallen.

Prof. Dr.-Ing. W. Richter



gannen sie auch schon wieder mit der Sammlung und Reorganisation ihrer Kräfte. Unter dem Deckmantel der demokratischen Opposition begannen sie gegen die ehrlichen Kräfte, die sich um den Aufbau einer neuen demokratischen Verwaltung bemühten, zu hetzen, indem sie diese einfach mit Schiebern und korrupten Elementen gleichsetzten. In einem damals in Westdeutschland verbreiteten Flugblatt, in dem sich die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (nicht unsere NDPD!) brüstete, „nach wir vor die einzige Rechtspartei“ zu sein und ihr Programm unverändert beizubehalten, hieß es: „Die in der Verwaltung noch ver-

nommen werden.“ Diese Partei „warnte“ davor, daß es zu einer „Verwaltungs- und Wirtschaftsbürokratie“, einer „Bonzen- und Oberbonzenherrschaft unvorstellbarer Art“, zur „Wiederkehr einer Diktatur, der gegenüber die Nazidiktatur sich fast wie ein Kinderspiel ausnehmen würde“, kommen werde, um dann in demagogischer Art und Weise fortzuführen: „Will das deutsche Volk gleichmütig einer Entwicklung zusehen, die ins Verderben führt? Schrecken nicht die Spuren einer undeutschen, die „Diktatur des Proletariats“ verwirklichenden Staatsführung in einem Teile Deutschlands...?“ Die Nationaldemokratische Partei trete für